

Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher des Bildungsdepartementes
Davidstrasse 31
9001 St.Gallen

St.Gallen, 04.10.2021

Vernehmlassungsantwort zum Bericht des Postulats «Strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II» und «VII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung»

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Namens der FDP.Die Liberalen St.Gallen danken wir für die Möglichkeit, im Rahmen der bis 4. Oktober 2021 dauernden Vernehmlassungsfrist zum Bericht des Postulats «Strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II» und «VII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung» Stellung nehmen zu können.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Frist für die Einreichung der Vernehmlassungsantworten einmal mehr sehr kurz bemessen ist. Solche realitätsfremden Fristen stellen uns vor eine veritable Herausforderung, da wir unsere Fachausschüsse (Miliz) und die Fraktion (Miliz) miteinbeziehen müssen. Zudem muss die Parteileitung (Miliz) den definitiven Entwurf diskutieren und verabschieden. Wir bitten Sie, zukünftig Fristen zu wählen in denen eine seriöse Auseinandersetzung mit den Vorlagen möglich ist.

Ebenfalls unverständlich ist der mehrfach erwähnte Zeitdruck bei der Erarbeitung des vorliegenden Berichts. Der Zeitdruck entstand einzig und allein deshalb, weil die Regierung bei ihrem Antrag auf Änderung des Wortlautes der in Postulat umgewandelten Motion 42.20.20 sich selbst diesen Zeitplan gegeben hat. Alle damit zusammenhängenden Ausflüchte, die die Unvollständigkeit des Berichtes begründen, weisen wir vollumfänglich zurück.

Im Grundsatz begrüssen wir jedoch das Ansinnen der Regierung, auch im (Berufs-)Bildungsbereich überholte Strukturen zu hinterfragen und eine stärkere Konzentration der Angebote voranzutreiben.

Fraglich ist, wieso die relevanten Stakeholder nicht frühzeitig miteinbezogen wurden. Aus diesem Grund erwächst den verschiedenen Projekten auch grosser Widerstand – aus Kreisen der Direktbetroffenen sowie der betroffenen Gemeinden.

Der unvollständige Bericht, der damit nur schwer als relevante Entscheidungsgrundlage beigezogen werden kann, lässt folgende Fragen offen (nicht abschliessend):

- › Welche (umfassenden) finanziellen Folgen werden erwartet?

- › Was ist zu erwarten, wenn vermehrt Räumlichkeiten im Eigentum des Kantons verwendet werden, anstatt entsprechende Infrastruktur anzumieten?
- › Was erwartet uns in puncto interkantonaler Zusammenarbeit?
- › Welche Überlegungen wurden i. S. überbetriebliche Kurse gemacht?
- › Mit welcher Begründung (stringent und umfassend) hat sich die Regierung für Umsetzungsoption 3 entschieden?
- › Welche Überlegungen wurde i. S. Spezial-Infrastruktur für bestimmte Berufe gemacht?

Diese und weitere Fragen müssen im Rahmen der Beratung des Berichts in der vorbereitenden Kommission sowie im Kantonsrat geklärt werden.

Wir danken für die Möglichkeit, unseren Standpunkt darzulegen und ersuchen nochmals um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen St.Gallen



Kantonsrat Raphael Frei
Kantonalpräsident



Kantonsrat Christian Lippuner
Fraktionspräsident